



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

P/VIII/132 - 10.6.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

Der SED-Diktator in der Klemme	S. 1
Englands neue Industrien	S. 3
Die FDP und der Neumann-Kreis	S. 5
Gerechtigkeit für 13 Tote und 31 Verletzte	S. 6

Ulbricht auf dem Rückzug

(sp) Noch auf der 13. Tagung Mitte Mai hatte das ZK der SED einschneidende Massnahmen gegen jene Funktionäre angekündigt, die vor den immer grösser werdenden psychologischen Schwierigkeiten zurückzuweichen drohten. Schon einen Monat später aber muss das ZK selbst in der Frage der Kollektivierung auf dem Lande einen Rückzug antreten. Das ist nach der Einstellung der vormilitärischen Ausbildung für die Mitglieder der SED die zweite entscheidende Massnahme, durch die das ZK vor dem rapide anwachsenden Widerstand der Bevölkerung kapitulieren muss.

Der nach Ulbricht "stürmische Vormarsch des Sozialismus auf dem Land" ist nach den bis jetzt noch nicht veröffentlichten Beschlüssen der letzten Tagung des ZK am 6. und 7. Juni abgeblasen worden. Ab sofort dürfen keine neuen Produktionsgenossenschaften (LPG) mehr gegründet werden. Gleichzeitig wurde ein generelles Verbot zur Neuaufnahme von Bauern in die bereits bestehenden LPG's ausgesprochen. Grundsätzlich sollen in der nächsten Zukunft auch keine Gerichtsverfahren wegen Steuerschulden mehr durchgeführt werden. Darüber hinaus wird versprochen, sogar eine Reihe von Urteilen gegen enteignete Bauern nachzuprüfen. Die "republikflüchtigen Bauern" werden aufgefordert, bei Straffreiheit zurückzukehren. Alle, auch die Grossbauern, sollen ihr Eigentum zurückerhalten, und man verspricht ihnen, sie nicht in Auffanglagern zurückzuhalten.

Es war seit langem klar, dass der Fanatismus mit der Ulbricht die Kollektivierung vorwärts getrieben hat, eine Situation schaffen musste, in der jetzt zunächst einmal auf der Stelle getreten werden muss, wenn nicht, analog zur sowjetischen Kollektivierung, die sich verschärfende Ernährungs- und Hungersnot führen soll. Das Fehlen von Lebensmitteln, das Scheitern aller Hofbegehungsaktionen hat die SED bereits im April gezwungen, alle Staatsreserven zur Versorgung der VPO-Einheiten freizugeben. Die Krise ist bereits so gross, dass die SED nicht einmal mehr in der Lage ist, die sowjetischen Ansprüche zu befriedigen, von der Versorgung der Bevölkerung ganz zu schweigen. Nach dem Scheitern der Versuche im Frühjahr, die von der Herbstbestellung her klaffende Lücke zu schliessen, hat sich auch im ZK der SED die Ansicht durchgesetzt, dass auf absehbare Zeit keine Änderung eintreten kann.

Nach der Errichtung von 4 500 LPG's mit insgesamt 550 000 ha soll nunmehr eine wenigstens vorübergehende Pause gegeben werden, die bis zur Ernte anhalten dürfte. Die Atempause zur Konsolidierung wird umso notwendiger, als die bisherige SKK (Sowjetische Kontroll-Kommission) seit langem auf eine Erhöhung der Ablieferungsnormen für die LPG's drängte. Ulbricht aber, der aus propagandistischen Gründen für die weitere Kollektivierung diese Lösung zunächst vermeiden suchte, griff stattdessen zu einer noch schärferen Differenzierung der Normen zu Lasten der Einzelbauern. Angesichts der jetzigen Schwierigkeiten ergibt sich schon heute die Frage nach den Auswirkungen der für das Jahr 1953 vorgesehenen Planung, die auf der Kollektivierung von 1.5 Millionen ha beruht.

Durch die Freigabe der eben erst gestrichenen Kredite wenigstens für die sogenannten werktätigen Bauern und die Weisung des ZK, nunmehr auch die Grossbauern bei der Aussaat und Ernte zu unterstützen, schliesslich durch den erwähnten neuen Appell zur Rückkehr soll versucht werden, doch noch eine Erfüllung der Pläne zu erreichen. Die Tatsache der verlassenen Höfe und der leeren Dörfer in Teilen Mecklenburgs und Brandenburgs muss in der heutigen Situation selbst den kommunistischen Funktionären, die das Denken noch nicht ganz verlernt haben, jene scharfmacherischen Worte Ulbrichts auf der Konferenz werktätiger Bauern vom März in Leipzig ins Gedächtnis zurückrufen, wo er unter einer im Protokoll besonders vermerkten "stürmerischen Heiterkeit" erklärte, es könne doch niemand glauben, dass die Sowjetzone den Schaden haben werde, wenn "ein Gutsbesitzer nach dem Westen gehe."

Ulbricht ist dabei, seine Position durch die Opferung von Dahlem zu festigen. Vielleicht begnügt er sich sogar damit, sie zu halten. Die jetzigen Massnahmen sind nur aus der verzweifelten Situation zu verstehen und haben - leider muss man das sagen - keine Aussicht, eine Wendung herbeizuführen; dazu kommen sie zu spät. Ulbricht wird sich also eines Tages gegenüber Moskau verantworten müssen, die Kollektivierung unterbrochen zu haben, ohne doch eine Erfüllung der sowjetischen Ansprüche zu sichern oder nur zu ermöglichen. Misserfolge aber sind der direkteste Weg zur Liquidierung. Wird das auch Ulbricht zu spüren bekommen?

+

+

+

- 3 -

Brot und Hoffnung für Zehntausende

POV - London

Zehntausenden Männern und Frauen in Großbritannien ist stärker als Krieg und Katastrophen die Zeit der Weltwirtschaftskrise am Ende der zwanziger Jahre ins Gedächtnis geprägt. Damals lebten in manchen Teilen der britischen Inseln ganze Gemeinden Jahre und Jahre von Almosen und einer Hungerunterstützung des Staates. Das Unheil einer einseitigen Industrialisierung lag über ihnen - Kohlengruben und Schwerindustrie standen still, andere Beschäftigungsmöglichkeiten gab es nicht. Heute haben Regierung und Wirtschaft aus den dunklen Jahren um 1930 gelernt, vielfältiges industrielles Leben ist dort entstanden, wo vorher die Söhne nichts anderes wußten, als den Vätern in die Bergwerke oder auf die Schiffswerften zu folgen.

Besonders schlimm hauste die Krise in Nordostengland, in den dicht besiedelten Gebieten um Newcastle. Dort gab es nur zwei Industriezweige: Bergbau und Schiffswerften. Gingen nur in einem dieser Wirtschaftszweige die Geschäfte schlecht, wurden Hunderttausende mit in den Strudel von Not und Elend gezogen. So sah sich schon vor dem zweiten Weltkrieg die britische Regierung gezwungen, das Übel an der Wurzel zu packen. Neue Industrien mußten angesiedelt werden. Aber zwischen den ersten Plänen und der Verwirklichung verstrichen über zehn Jahre.

Das Klima schreckte ab

Es gab unglaubliche Hindernisse zu überwinden. Tausend Bedenken wurden bei den Unternehmern laut. Den einen störte das unfreundliche Wetter - Mr. Sadler Forster, Leiter der North Eastern Trading Estates bei Newcastle, berichtet, daß ein Fabrikant ihm mitteilte, er wolle ja schon "in den Norden gehen, wenn man nur das Wetter dort ändern würde". Andere hatten Bedenken, nicht die geeigneten Arbeiter zu finden. London mit seinen ungeheuren Menschenmassen zog damals die Industrie magisch an. Jahrelang bestand die größte Schwierigkeit in der Industrialisierung der "unentwickelten Gebiete" darin, Männer zu finden, die bereit waren, den Sprung ins Unbekannte zu wagen.

Erst der Krieg brachte da Wandel; die Rüstung Großbritanniens und der Luftkrieg zwangen gebieterisch zur Verlagerung ganzer Industriezweige in Gebiete mit unausgeschöpftem Arbeiterreservoir und relativer Sicherheit. Was vorher auch mit großen Versprechungen nicht gelang, wurde in wenigen Jahren verwirklicht - neue Industriegebiete wurden buchstäblich aus der Erde gestampft.

Neue Industriestädte entstanden

Eines der bedeutendsten unter diesen in wenigen Jahren künstlich geschaffenen Industriezentren ist jenes im Nordosten rings um Newcastle. 1936 wurde der erste Grundstein gelegt. Die Regierung baute Fabrikgebäude, Verkehrsanlagen, Energieleitungen, ganze Industriesiedlungen. Heute arbeiten allein in diesem Gebiet rund 44000 Menschen in 306 Fabriken, fast halb so viel Arbeiter, als dort im Bergbau beschäftigt sind. Vom Autoersatzteil über den Konfektionsanzug, von der Grubenlampe bis zum Sicherheitsglas, vom Radioapparat bis zum Maschinengewehr reicht die Liste der Produkte aus diesem Gebiet, dessen Bewohner einst vor jeder Wirtschaftskrise zitterten. Es setzte eine Entwicklung ein, vor allem seit dem Kriegsende, die die Regierung zu scharfen Auslesemaßnahmen unter den Fabrikanten zwingt, welche sich zur Ansiedlung bewerben.

Wer aber eine Fabrikationslizenz erhält, kommt in den Genuß außerordentlicher Vorteile. Die Regierung ist praktisch Inhaber der Fabrikationsstätten, die alles enthalten, was man zu jeder erdenklichen Fabrikation benötigt. Fünf Jahre lang hat der Nutzer einer solchen Anlage 12000 £ Miete im Jahr zu bezahlen, das ist der Vorkriegsstand, dann wird diese Pachtsumme verdoppelt. 21 Jahre lang laufen die Verträge; es ist noch kein Fall vorgekommen, daß die Regierung einen neuen Pächter suchen mußte. Denn es werden nicht nur große Steuererleichterungen in der Zeit gewährt, in der die Arbeiter angelernt werden müssen, die Regierung gewährt darüber hinaus großzügige Kredite.

Seit 1951 werden neben der reinen Friedensproduktion wesentliche Teile der britischen Rüstungsindustrie in die modernen weitläufigen Produktionsstätten verlagert, die, vom Nordosten ausgehend, weite, unentwickelte Gebiete Englands und Schottlands einnehmen. Hunderttausende Menschen haben Sicherheit gefunden, eine unübersehbare Vielfalt an Erzeugnissen der modernen Industrie kommt tagtäglich zur Verladung, ganze Grafschaften haben in diesem bedeutenden, beispielhaften sozialen Werk neues Leben gefunden.

Die Deutschen könnten hier manches lernen, denn auch sie haben mit ähnlichen Problemen zu kämpfen, z.B. in den Flüchtlingsländern oder in den ständigen Notstandsgebieten wie im Bayerischen Wald. Freilich - viel Kapital gehört dazu. Aber es ist eine Anlage, die mehr als lohnend ist. Nicht nur der Lebensstandard von Menschen wird gehoben, die seit Generationen nur Hunger und Elend kennen, die ganze Nation empfängt neue Impulse aus solchem Pioniergeist.

Die Säuberung in der FDP

A.E. Es ist für die Reinheit unseres öffentlichen Lebens nützlich und notwendig, daß der FDP-Vorstand sich nach längerem Zögern entschloß, die Trennung von den Leuten zu vollziehen, die durch die nazistische Unterwanderung der drittgrößten deutschen Partei einen Gefahrenherd für den demokratischen Bestand der jungen deutschen Bundesrepublik bilden. Wie weit die Unterwanderung schon fortgeschritten war und welche weitgesteckten Ziele sich die Leute um den Naumann-Kreis setzten und mit welcher Raffinesse sie dabei vorgingen, zeigen die Enthüllungen, die jetzt über Rundfunk und Zeitungen der deutschen Öffentlichkeit präsentiert werden. Auf sich allein gestellt, wären Naumann und sein Kreis das geblieben, was sie nach 1945 waren: Gestrandete und unbeachtete Größen einer mit Verbrechen besudelten und in Schande untergegangenen Epoche - daß sie aber in verhältnismäßig kurzer Zeit schon wieder Anschluß und Beachtung fanden, gibt dieser Affäre ihren düsteren und bedenklichen Charakter.

Die Verhaftung Naumanns und seiner Freunde liegt immerhin viele Monate zurück. Angesichts des erdrückenden Materials haben auch die Bagatellisierungsversuche aufgehört. Bedauerlich ist in diesem Zusammenhang, daß die deutsche Öffentlichkeit nicht schon früher über das Ausmaß der Aktivität Naumanns mit dem Schwergewicht im industriellen Nordrhein-Westfalen unterrichtet wurde. Die Berufung auf das unleserliche Tagebuch Naumanns scheint an den Haaren herbeigezogen. Denn die Tonbandaufnahmen der Gespräche, die dieser Tage jedermann im Rundfunk zu hören bekam, waren die wörtliche Wiedergabe der Originalaufnahmen von Unterredungen, die Naumann mit dem nun vom Ausschluß bedrohten früheren Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses der FDP und anderen belasteten FDP-Mitgliedern schon vor Jahren geführt hatte.

Der britische Hochkommissar Kirkpatrick, unter dessen Verantwortung die Verhaftungen erfolgte, versäumte es damals nicht, den deutschen Bundeskanzler gleich zu Beginn von allem zu unterrichten. Dr. Adenauer kam so in die für ihn äußerst glückliche Kenntnis von intimsten Vorgängen innerhalb der FDP, während die deutsche Öffentlichkeit auf das Rätselraten angewiesen war. Erstaunlich bleibt dabei, wie Dr. Adenauer in Kenntnis dieses Materials dem schwerbelasteten FDP-Abgeordneten Stegner noch kürzlich bescheinigen konnte, daß er, Stegner, gewissermaßen eine reine Wüste und von ihm, Adenauer, nichts zu befürchten habe.

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß der Bundeskanzler seine umfassende Kenntnis der Dinge aus politischen Gründen zurückhielt, wohl weniger, weil er daraus schädliche Rückwirkungen auf das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland befürchtete, als weil ihm die Zwischenzeit Gelegenheit bot, die FDP als Koalitionspartei stärker an die Kandare zu nehmen. Die FDP, in der immerhin noch ein starker liberaler Flügel vorhanden ist, kämpft heute um ihre Existenz. Auf der einen Seite wird sie bedroht von dem deutschen Rechtsradikalismus, der sie als Plattform für eine kommende Eroberung benutzen will, auf der anderen Seite durch den Wahlgesetzentwurf der CDU/CSU, der, käme er durch, die FDP zur Rolle einer bedeutungslosen Minderheit im politischen Leben der Bundesrepublik verurteilen müßte. In dem Maße, in dem sich die liberalen Elemente innerhalb der FDP gegen die gefährliche nazistische Unterwanderung wehren - und mit dem beantragten Ausschluß Achenbachs wurde ein Anfang gemacht - werden sie auch an innerer Kraft und Selbständigkeit gewinnen und damit in der Lage sein, sich der völligen Umschlingung durch die CDU zu erwehren.

+ + +

Gerechtigkeit für 13 Tote und 31 Verletzte

rw - Düsseldorf

Selten in der Geschichte des Motorrennsports hat es eine ähnliche Katastrophe gegeben, wie es das erschütternde Unglück beim vorjährigen Grenzlandringrennen bei Wegberg östlich von Mönchengladbach an der holländischen Grenze war. Damals bezahlten dreizehn gesunde und kräftige Menschen ihre Teilnahme als Zuschauer bei dieser Veranstaltung mit dem Leben, 31 wurden verletzt und leben zum Teil heute, über acht Monate nach der Katastrophe, als Krüppel und Kranke, unfähig, sich überhaupt oder in normaler Weise das tägliche Brot zu verdienen.

Alle Betroffenen, die Angehörigen der Toten, die Verletzten und ihre Angehörigen sind bisher ohne jede Entschädigung für die Folgen des Rennens geblieben. Das Land Nordrhein-Westfalen aber tut so, als habe es mit der Sache überhaupt nichts zu tun. Die Versicherungen zahlen nichts aus, weil sie den Standpunkt vertreten, alle polizeilicherseits vorgeschriebenen Sicherungsmaßnahmen seien ergriffen worden, so

daß ihre Versicherten keine Schuld treffe.

Über acht Monate lang haben die Opfer der Katastrophe still gehalten, sie hofften, daß ein eingeleitetes Ermittlungsverfahren zum Strafprozeß und damit zu einer Klärung der Verantwortlichkeit führen werde. Nun aber soll das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Mönchengladbach mit Zustimmung des Justizministeriums von Nordrhein-Westfalen eingestellt werden. Die Opfer des Unglücks, zusammengeslossen in einer Interessengemeinschaft, haben nun angekündigt, daß sie vom Land Nordrhein-Westfalen Schadenersatz verlangen werden, falls in den Zivilprozessen ihre Ansprüche nicht oder nur ungenügend berücksichtigt werden. Mit dieser Ankündigung ist die Frage einer eventuellen Mitverantwortlichkeit des Landes erneut aufgeworfen worden.

Von der Rechtsvertretung der Opfer wird vorgebracht, die genehmigenden Behörden hätten wesentliche Gesichtspunkte bei der Genehmigung nicht beachtet. Dabei sei in einer Warnung der Polizeiabteilung des Innenministeriums darauf hingewiesen worden, daß beim Grenzlandringrennen Geschwindigkeiten über 200 Kilometer pro Stunde zu erwarten seien, Geschwindigkeiten, die sonst auf keiner Rennstrecke vorkommen. Das war bekannt geworden. Der leitende Beamte dieser Abteilung, ein Sozialdemokrat, wurde daraufhin schwerwiegender Disziplinosigkeit bezichtigt, und kurze Zeit später wurde er zur Wiedergutmachungsabteilung des Innenministeriums versetzt.

Die Öffentlichkeit hat angesichts aller dieser Tatsachen ein Anrecht darauf, daß die Vorgänge noch einmal kritisch aufgegriffen und vom Landtag überprüft werden. Noch mehr trifft das für die Opfer der Katastrophe zu, denen man fast ein ganzes Jahr die kalte Schulter gezeigt hat.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau